

2 Erziehungswissenschaftliche Migrationsforschung

In der Erziehungswissenschaft erfolgt eine Auseinandersetzung mit dem Thema Migration zumeist im Rahmen der Sub-Disziplin Interkulturelle Pädagogik. Die Bezugnahme auf den Begriff der Interkulturalität suggeriert auf den ersten Blick eine thematische Eingrenzung, die der Vielfalt der Fragestellungen der Disziplin nicht gerecht wird. Tatsächlich sind in der Interkulturellen Pädagogik weitere kulturelle Konzepte wie z.B. Transkulturalität, Multikulturalität und Cultural Studies relevant, um nur einige zu nennen, die weit über Interkulturalität im engeren Sinne hinausgehen und auch andere als nur „inter“- bzw. „zwischen“-kulturelle Bezüge aufweisen (vgl. z.B. Escher 2000; Datta 2005; Gippert u.a. 2008). Aufgrund der Vielfalt der beforschten Konzepte ist eine klare disziplinäre Trennung oft schwierig; die Übergänge zwischen Interkultureller Pädagogik und sozialwissenschaftlicher Migrationsforschung sind fließend. Dies zeigt sich auch anhand weiterer gemeinsamer Forschungsfelder, die nicht auf den Kulturbegriff bezogen sind, wie z.B. strukturorientierter Forschungen zur institutionellen Diskriminierung, biografieorientierter Forschungen sowie Forschungen zur Intersektionalität (vgl. Riegel 2004; Gomolla/ Radtke 2007; Winker/ Degele ²2010).

Lange Zeit wurde von Seiten der Politik die bestehende Einwanderungs- bzw. Migrationsrealität Deutschlands nicht anerkannt; bis vor wenigen Jahren proklamierte die Politik, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei. Einwanderungsland ist der Terminus, der von Seiten der Politik eingeführt wurde, um die Anerkennung der Migrationsrealität zu verdeutlichen. Allerdings verwende ich im Folgenden den Terminus Migrationsland. Der Begriff der Einwanderung ist verkürzt, da er die Vielfalt der bestehenden Migrationsrealität, welche neben Zugewanderten auch Menschen mit Migrationsgeschichte der zweiten Generation umfasst, verkennt. Die lange andauernde Nicht-Anerkennung der Migrationsrealität hat pädagogische Umsetzungen der erziehungswissenschaftlichen interkulturellen Diskussion sowie die öffentliche Auseinandersetzung mit der Einwanderungsrealität in Deutschland lange ausgebremst (vgl. John/ Röhe 2001: 424; Plahuta 2007: 2).

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, einen Überblick über die erziehungswissenschaftliche Migrationsforschung zu geben, über Forschungsschwerpunkte¹⁰, über Zielgruppen oder über zeitliche Entwicklungsphasen¹¹. Ziel des vorliegenden Kapitels soll es weniger sein, einen vollständigen Überblick über das gesamte Forschungsgebiet der erziehungswissenschaftlichen Migrationsforschung zu geben. Im Sinne meiner Fragestellung geht es mir vielmehr darum darzustellen, welche Kategorien der erziehungswissenschaftlichen Migrationsforschung potentiell einen Beitrag dazu leisten können, das Lernen von Unternehmerinnen mit Migrationsgeschichte zu verstehen.

2.1 Hintergrundinformationen

Migrationsbewegungen von und nach Deutschland haben eine lange Tradition. Sie wirken sich auf Strukturen und Prozesse der gesamten Gesellschaft und nicht nur auf einzelne gesellschaftliche Teilbereiche aus (vgl. Dirim 2009: 7). Obwohl Zu- und Auswanderung in der deutschen Geschichte verankert sind (vgl. z.B. Bade 1994), hat es lange gedauert, bis Migration zu einem selbstverständlichen Part des öffentlichen Diskurses geworden ist. Vielfach werden die durch die ökonomische Situation nach dem zweiten Weltkrieg ausgelösten Anwerbewellen von Gastarbeiter_innen als Ausgangspunkt dafür angesehen, dass Deutschland heute als Einwanderungsland bezeichnet wird (vgl. Nohl 2006b: 15f.). Der Begriff Gastarbeiter_in impliziert, dass die im Ausland angeworbenen Personen in Deutschland einen Gaststatus innehaben und dass ihr Status gleichzeitig an ihre Arbeit gekoppelt ist. Für den Gaststatus ist folglich die Arbeitsfähigkeit relevant. Dieses Bedingungsgefüge ist dafür verantwortlich, dass für die Gastarbeiter_innen zu Beginn der Anwerbungen zuerst keine Bildungs- und auch keine psychosozialen Angebote vorgesehen waren (vgl. Mecheril 2004: 35)¹². In der Folge der Anwerbewellen wurden interkulturelle Fragestellungen in der pädagogischen Forschung relevant

¹⁰So unterscheiden z.B. Lutz und Wenning (2001: 15f.) zwischen a) dem Gleichheitsdiskurs, b) der „Ontologisierung der Differenz als Ethnisierung“, c) dem Diskurs über Gemeinsamkeiten und d) dem Diskurs des Poststrukturalismus.

¹¹Zeitliche Entwicklungsphasen werden in den verschiedenen Lehrbüchern nicht einheitlich beschrieben (vgl. z.B. Westphal 1997, Mecheril 2004 und Auernheimer 2007), da unterschiedliche Schwerpunktsetzungen hinsichtlich der verschiedenen Dekaden und Phasen bestehen. Die Darstellungen stimmen zwar in den Themenbereichen überein, aber datieren Entwicklungstrends (z.B. den Beginn der Interkulturellen Pädagogik) unterschiedlich.

¹²Zur Reflexion des Begriffs Gastarbeiter_in siehe Krüger-Potratz (2005) und Klee (⁴1981): Sie gehen darauf ein, dass der Begriff „Fremdarbeiter“ vermieden werden sollte, da er ausgehend von der Zeit des Nationalsozialismus vorbelastet ist.

und es begann sich zunächst die Ausländerpädagogik herauszubilden, die Ausländer_innen in den Fokus nahm und von der Grundannahme geleitet wurde, dass die Gastarbeitenden wieder in ihre Heimatländer zurückkehren würden. Die gesamte Gesellschaft und deren Veränderungen beachtete sie nicht. Anschließend an die Ausländerpädagogik begann sich mit der Interkulturellen Pädagogik eine eigene erziehungswissenschaftliche Subdisziplin herauszubilden, die sich zunächst mit den besonderen Erfordernissen für die Beschulung von ausländischen Kindern und später dann mit weiteren Themen wie der Lehrer_innenausbildung und der Begründung einer eigenen Studienrichtung befasste¹³. Im Zuge der weltweiten Ölkrise in den 1970er Jahren und der damit in Verbindung stehenden Rezession kam es zu einem Anwerbestopp von Gastarbeitenden. Trotz den von der Bundesregierung eingeführten Rückkehrförderungen blieben viele der Migrant_innen, die zum Arbeiten angeworben worden waren, in Deutschland und verlegten im Rahmen von Familienzusammenführungen, welche durch die Bundesregierung ermöglicht wurden, den Lebensmittelpunkt ihrer gesamten Familie nach Deutschland (vgl. Nohl 2006b: 16; Hejazi 2009: 250). Die Folge war eine erneute Zuwanderungswelle. Sie führte dazu, dass „die Bundesrepublik de facto zum Einwanderungsland geworden [war], ohne dass jedoch die Mehrheitsgesellschaft und ihre politischen Repräsentanten bereit gewesen wären, dies anzuerkennen“ (Kronauer 2010: 11f.).

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts wird Deutschland von Seiten der Politik als Einwanderungsland anerkannt; seitdem wurden auf struktureller Ebene Änderungen vorgenommen, die belegen, dass sich das Selbstverständnis im öffentlichen Diskurs geändert hat und es zu einer vielfältigen Auseinandersetzung mit einer nun öffentlich anerkannten Einwanderungsrealität kommt: Im Jahr 2004 wurde mit dem sog. „Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderer und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsangehörigen und Ausländern“ ein neues Zuwanderungsgesetz verabschiedet. Das Gesetz führte zu einer weitreichenden Umstrukturierung des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, welches seit dem Jahr 2005 den Namen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BaMF) trägt (vgl. BaMF 2011). Zudem wurden im Jahr 2005 neue Kategorien für den Mikrozensus eingeführt, die auf eine differenzierte Erfassung von eingebürgerten Personen und Ausländer_innen ausgerichtet sind (siehe Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, §4 Abs. 2 und

¹³ Auch wenn in der vorliegenden Darstellung von Migrationsbewegungen nach Deutschland Gastarbeiter_innen im Fokus stehen, so existieren daneben weitere große Einwanderungsgruppen in Deutschland, wie beispielsweise Aussiedler und Flüchtlinge (vgl. Mecheril 2004: 28ff.).

2a, Nr. 4 des Mikrozensusgesetz (MZG) 2005). Die neuen Kategorien sollen zur Anerkennung kultureller Vielfalt beitragen und eine differenzierte Betrachtung der Einwanderungsrealität ermöglichen. In Anbetracht des langen Anlaufwegs, den die Politik bis zur Anerkennung der Einwanderungsrealität benötigte, ist es auf der einen Seite bemerkenswert, wie intensiv seitdem an Fragen der Integration und Partizipation gearbeitet wird, andererseits ist es jedoch erschreckend, wie groß die aktuellen Herausforderungen sind, die die Einwanderungs- und Migrationsrealität betreffen: Sie beziehen sich z.B. auf die Benachteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte bei der Arbeitsstellensuche sowie den geringen Erfolg dieser Personengruppe im deutschen Schulsystem. Bei der Benachteiligung im Schulsystem fällt auf, dass es sich hierbei um eine strukturelle Herausforderung handelt, die gar nicht mit Integrations- bzw. Partizipationsmaßnahmen zu bearbeiten ist. So wirkt sich z.B. die Organisationsform eines dreigliedrigen Schulsystems benachteiligend auf Kinder mit Migrationsgeschichte aus. In dem Zusammenhang ist vor allem die PISA-Studie zu nennen (Baumert u.a. 2006), welche die Unzulänglichkeiten des dreigliedrigen Schulsystems beschreibt und darauf hinweist, dass sowohl sozial schwache Kinder als auch Kinder mit einer anderen Muttersprache als Deutsch entscheidend benachteiligt werden. Darüber hinaus weisen Studien zur institutionellen Diskriminierung auf strukturelle Diskriminierungen durch die Institution Schule hin (vgl. Gomolla/ Radtke 2007). Dies hat Einfluss darauf, dass der Anteil an Jugendlichen mit Migrationsgeschichte, die keinen Schulabschluss besitzen, im Gesamtvergleich höher ist als der Anteil an Jugendlichen ohne Migrationsgeschichte, die keinen Schulabschluss besitzen. Außerdem fällt der Anteil an Abiturient_innen mit Migrationsgeschichte niedriger aus als der Anteil an Abiturient_innen ohne Migrationsgeschichte.

Durch die Wirtschaftskrise und die Erweiterung Europas wird Deutschland in den nächsten Jahr(zehnt)en vor neuerlichen Einwanderungswellen stehen. Die immer noch aktuelle ambivalente Haltung zur Einwanderungsrealität im öffentlichen Diskurs zeigt sich unter anderem beispielhaft an den widersprüchlichen Statements des letzten sowie des amtierenden Bundespräsidenten: Während Christian Wulff als Bundespräsident den Islam als zu Deutschland zugehörig erklärte, distanziert sich der aktuelle Bundespräsident Joachim Gauck deutlich von diesem Standpunkt (vgl. Spiegel online 2012). Mit Blick auf meine Studie zu Lernprozessen von Unternehmerinnen mit Migrationsgeschichte kann davon ausgegangen werden, dass auch die von mir interviewten Unternehmerinnen Erfahrungen gemacht haben, in denen sich die beschriebene ambivalente Haltung der Politik widerspiegelt. Zu

denken wäre hier z.B. an Erfahrungen des Anders-Seins oder Erfahrungen hinsichtlich der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nationalität.

2.2 Betrachtung benachteiligender Strukturen

Ein für die vorliegende Studie relevanter Forschungsstrang setzt sich mit benachteiligenden Strukturen innerhalb von Institutionen auseinander. So beschäftigen sich Gomolla und Radtke (2007) mit dem Phänomen Migrationsgeschichte, indem sie strukturelle Diskriminierungsmechanismen von Institutionen untersuchen. Sie prägen den Begriff der institutionellen Diskriminierung:

„Die allermeisten Möglichkeiten der Diskriminierung von Migranten sind als formale Rechte, etablierte Strukturen, eingeschliffene Gewohnheiten, etablierte Wertvorstellungen und bewährte Handlungsmaximen ‚in der Mitte der Gesellschaft‘ institutionalisiert, wobei solche Institutionen zumeist in Organisationen (Behörden, Betrieben, Anstalten) ihren Platz finden.“ (ebd.: 18)

Während die Ausländerpädagogik sowie die Interkulturelle Pädagogik suggerieren, dass es nötig sei, auf Individuen bzw. Gruppen pädagogisch Einfluss zu nehmen, um so das Miteinander in der Einwanderungsgesellschaft zu verbessern, ist der Ansatz zur institutionellen Diskriminierung auf einer anderen Ebene angesiedelt. Der Ansatz der institutionellen Diskriminierung argumentiert, dass gesetzliche Vorschriften und strukturelle Bedingungen den Rahmen vorgeben, in dem die Mitglieder einer Gesellschaft agieren. Wenn der gegebene Rahmen Benachteiligungen bedingt, dann kann innerhalb des Rahmens die Ungleichheit in der Gesellschaft lediglich reproduziert werden. Aus diesem Grund, so die Argumentation, haben Anstrengungen, die bei einzelnen Gruppen oder Individuen ansetzen – wie dies in interkulturellen Konzepten häufig vorgesehen ist – nur eine begrenzte Aussicht auf Erfolg. Mit den Konzepten sei zwar ein Gegensteuern möglich, welches aber zwangsläufig an Grenzen stößt. Da Gomolla und Radtke (2007) die institutionelle Diskriminierung besonders für das deutsche Schulsystem nachweisen, also zu dem Zeitpunkt beginnend, an dem Kinder in das deutsche Bildungssystem erstmals eintreten, scheinen für eine Ermöglichung wirklicher Chancengleichheit strukturelle Veränderungen unumgänglich zu sein. Die institutionelle Diskriminierung, die bereits in der Schule einsetzt, wird auch von der PISA-Studie (vgl. Prenzel u.a. 2013) nachgewiesen und sie wird außerdem deutlich,

wenn man sich Zahlen zu Schüler_innen ohne Schulabschluss anschaut¹⁴. Zusammenfassend fällt auf, dass Ansätze, die sich mit diskriminierenden Strukturen auseinandersetzen, Hinweise auf bestehende Machtverhältnisse innerhalb der Gesellschaft geben. So weisen die dargestellten Forschungen zur institutionellen Diskriminierung eine von benachteiligenden Strukturen ausgehende Diskriminierung von Menschen mit Migrationsgeschichte nach, die institutionalisiert ist. Auch im Hinblick auf meine Studie zu Lernprozessen von Unternehmerinnen mit Migrationsgeschichte kann davon ausgegangen werden, dass die von mir interviewten Frauen institutionelle Diskriminierungen selbst erlebt oder zumindest Kenntnis über diskriminierende Effekte haben. Es ist damit zu rechnen, dass mögliche strukturelle Diskriminierungen die Lernprozesse, die zur Gründung und Etablierung ihrer Unternehmen führen, erheblich beeinflussen. Diesbezüglich wird es spannend sein, in den Daten nachzuzeichnen, ob die Frauen institutionelle Diskriminierungen selbst erfahren haben und wie sich das Thema institutionelle Diskriminierung in der Ausgestaltung ihrer Unternehmen spiegelt.

2.3 Analysekategorie „Migrationshintergrund“

Die begriffliche Verwendung „Migrationshintergrund“ unterstreicht eine dichotome Betrachtungsweise der deutschen Gesellschaft. Bei dem Ausdruck handelt es sich um eine deutsche Erfindung, mit der Menschen unabhängig von ihrer Nationalität, aber abhängig von ihrer Ethnie als „anders“ kategorisiert werden. Der Terminus „Migrationshintergrund“ suggeriert, dass es „eine Zeit gegeben habe, als ‚die Deutschen‘ noch unter sich waren. Hierbei wird dreierlei verkannt: dass ‚Deutschland‘, wie andere nationale Konstruktionen, eine relativ junge Erfindung ist, dass diese Konstruktionen nur mit großem Aufwand, insbesondere bildungspolitischer Anstrengung und pädagogischer Disziplinierung, durchgesetzt werden konnten und dass schließlich die homogenisierende Rede von ‚Deutschen‘ vielfältige Differenzlinien vernachlässigt“ (Mecheril 2004: 11).

Das Besondere an der Kategorie Migrationshintergrund ist, dass es sich um eine Zuschreibung handelt, die von den betreffenden Personen nicht abgelegt werden kann, da sie sich eher auf Ethnie und Herkunft bezieht als auf änderbare Aspekte. Der Kategorie können daher sogar Menschen zugeordnet werden, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind.

¹⁴Die Zahlen unterscheiden nur zwischen Schüler_innen deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, sind allerdings in 12 der 16 Bundesländer entscheidend höher für ausländische Schüler_innen (vgl.: Klemm 2010).

Menschen mit Migrationshintergrund werden in Deutschland unter folgender Definition des Statistischen Bundesamtes (Destatis 2013) zusammengefasst:

„Zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund im engeren Sinne gehören alle Zugewanderte und alle in Deutschland geborenen Ausländer/-innen. Von den Deutschen mit Migrationshintergrund, die ihre deutsche Staatsangehörigkeit seit Geburt besitzen, haben nur jene einen Migrationshintergrund im engeren Sinne, die mit ihren Eltern oder einem Elternteil im selben Haushalt leben, weil nur dann die für die Zuordnung entscheidende Elterninformation vorliegt. Zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund im weiteren Sinne gehören zusätzlich jene Deutsche mit Migrationshintergrund, die ihre deutsche Staatsangehörigkeit seit Geburt besitzen und nicht (mehr) mit den Eltern im selben Haushalt leben. Sie sind ausschließlich durch die bislang nur 2005 und 2009 gestellten Zusatzfragen zum Migrationsstatus der nicht im Haushalt lebenden Eltern als Menschen mit Migrationshintergrund identifizierbar.“

Zu der Gruppe, die als Menschen mit Migrationshintergrund bezeichnet wird, gehören somit Zugewanderte sowie Deutsche mit mindestens einem ausländischen Elternteil. Bei den nicht selbst zugewanderten Menschen mit Migrationsgeschichte wird unterschieden, ob sie mit mindestens einem Elternteil im selben Haushalt leben (Migrationshintergrund im engeren Sinne) oder nicht (Migrationshintergrund im weiteren Sinne).

Durch die Kategorisierung des Statistischen Bundesamtes ist zu erklären, warum die Beschreibung von Personen als Menschen mit Migrationshintergrund herangezogen wird, wenn es um die Vielfalt und deren Analyse im Einwanderungsland Deutschland geht. Anhand der Definition wird deutlich, dass die Staatsbürgerschaft bei der Klassifizierung von Personen keine exklusive Rolle spielt, wie dies in anderen Ländern, wie z.B. Kanada¹⁵ der Fall ist. Im deutschen Kontext werden strukturell eher die Ethnie bzw. Herkunft als relevante Attribute hervorgehoben.

Bei Betrachtung der vielfältigen Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund wird deutlich, dass mit der Begrifflichkeit allenfalls eine

¹⁵Das Einwanderungsland Kanada mit seiner multikulturellen Gesellschaft wird häufig als best-practice-Beispiel genannt, wenn es um Einwanderungsfragen geht. Sobald eine Person die kanadische Staatsbürgerschaft besitzt, gilt sie als Kanadier_in. Ein offizieller Kategorisierungsbegriff von Personen als Menschen mit Migrationsgeschichte existiert im Englischen nicht. Während meines Forschungsaufenthaltes in Toronto reagierten verschiedene Expert_innen mit Unverständnis auf die im deutschen Kontext geläufige Zuschreibung.

scheinbare Differenzierung konstruiert wird, die ein autochthones „wir“ und ein allochthones „die anderen“ suggeriert (vgl. Nduka-Agwu/ Hornscheidt 2010; Arndt/ Ofuately-Alazard 2011)¹⁶. Insgesamt beschreibt der Migrationshintergrund eine heterogene Gruppe. Mit der Klassifizierung als Menschen mit Migrationshintergrund gehen jedoch häufig Benachteiligungen einher. Auch wenn die Kategorie Migrationshintergrund kaum trennscharfe Unterscheidungen einführt, so impliziert sie doch Machtunterschiede, die eine wertfreie Beschreibung von Vielfalt weitgehend verhindern und eher „problematische Zuschreibungen“ (Auernheimer 2007: 34) nach sich ziehen. Die Beschreibung „Migrationshintergrund“ enthält dadurch eine negative Konnotation und wird im öffentlichen Diskurs vorwiegend für problemorientierte Betrachtungen genutzt. Insgesamt sind die Begriffe „Migrant_in“ sowie „Migrationshintergrund“ im öffentlichen Sprachgebrauch weit verbreitet. Hier werden sie beispielsweise verwendet, um soziale Unterschiede, Bildungserfolg, Arbeitslosenquoten und soziale Probleme zu analysieren. Die eher negativ konnotierte Verwendung weist laut Auernheimer (2007) darauf hin, dass die Politik von einer ambivalenten Haltung zur Einwanderung geprägt ist:

„[Der Terminus Migrant_in, Anm. AL] spiegelt die Unentschiedenheit einer Politik wider, in der man sich kaum dazu durchringen kann, die Einwanderung als Tatsache zu akzeptieren und einen entsprechenden rechtlichen Rahmen zu schaffen.“
(ebd.: 23)

Wie ich dargelegt habe, ist der Begriff „Migrationshintergrund“ vorbelastet und bringt eine gewisse Stigmatisierung mit sich. Um dem entgegenzutreten und differenziertere Beschreibungen vornehmen zu können, verzichte ich in der vorliegenden Studie auf die Verwendung der Begrifflichkeit. Stattdessen werde ich vom Terminus „Menschen mit Migrationsgeschichte“ Gebrauch machen. Dies ermöglicht es mir, mich in Anlehnung an den aktuellen Diskurs zur Migrationsforschung aus der Tradition der Defizitperspektive zu lösen und die Kontextbedingung der Migration als Merkmalskategorie zu analysieren, die den Lernprozess der Untersuchungsgruppe mit beeinflusst (vgl. z.B. Sprung 2012). Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass auch der von mir gewählte Terminus nicht frei von dem Problem ist, Menschen zu kategorisieren, in dem er von einer wie auch immer gearteten Andersartigkeit dieser Menschen ausgeht. Aus diesem Grund kann auch die Begrifflichkeit „Menschen mit

¹⁶Als autochton werden die „einheimischen“ Menschen beschrieben, während allochtone Menschen eine ethnische, kulturelle bzw. nationale Differenz aufweisen (vgl. Lutz 2010: 573).

Migrationsgeschichte" keine abschließende Lösung der Begriffsproblematik sein.

Für ein gleichberechtigtes Zusammenleben wäre es erstrebenswert, dass die Bezeichnung „Migrationshintergrund" und die daran anschließende Differenz zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund an Bedeutung verlieren. Zur Überwindung der existierenden Differenz zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund hilft es nicht, sie zu verleugnen. Dies hebt die kritische Weißseinsforschung hervor, die sich mit der sozialen Konstruktion des Weißseins auseinandersetzt (Arndt (2005a/ b). Daran anschließend ist es für Forschungen notwendig, an der jeweiligen Ausgangssituation anzuschließen. Für meine empirische Untersuchung der Lernprozesse von Unternehmerinnen mit Migrationsgeschichte bedeutet dies, dass sie an der konstruierten Differenz zwischen Menschen mit und Menschen ohne Migrationshintergrund ansetzen sollte. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Lernprozesse der Frauen erheblich davon beeinflusst werden, inwiefern sie sich selbst als Menschen mit Migrationsgeschichte wahrnehmen und welche Bedeutung die Kategorisierung für ihre Selbst- sowie Fremdwahrnehmung einnimmt. Außerdem stellt sich die Frage, wie die Interviewten, die sich als erfolgreiche Unternehmerinnen (mit Migrationsgeschichte) auszeichnen, anderen Menschen mit Migrationsgeschichte gegenüberreten. Mit Blick auf ihre Unternehmen stellt sich zudem die Frage, ob und inwiefern die dichotomisierte Betrachtungsweise von Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte sich auf die Ausgestaltung ihrer Unternehmen auswirkt.

2.4 Intersektionalität

Der Ansatz der „Intersectionality" geht auf die Begriffswahl von Crenshaw (1989) zurück, die sich – im Kontext der schwarzen Bürgerrechtsbewegung in Kombination mit der Frauenbewegung – damit auseinandersetzt, wie Menschen zwischen verschiedenen, Ungleichheit generierenden Kategorien positioniert sind, und wie sich das Wechselspiel der Kategorien gestaltet. Um den Einfluss verschiedener Kategorien zu veranschaulichen macht Crenshaw (1989) vom Bild einer Straßenkreuzung – intersection – Gebrauch, in deren Mitte das Individuum steht. Der Ansatz der Intersektionalität wird aktuell vor allem in der Geschlechterforschung diskutiert (vgl. z.B. Winker/ Degele 2010) und ist im Rahmen von Forschungen zur Interkulturalität anwendbar (vgl. z.B. Crenshaw 1989). Vielfach gilt eine intersektionale Perspektive als eine Weiterentwicklung der Geschlechterforschung, da hier nicht nur die Kategorie Geschlecht betrachtet wird, sondern noch weitere Ungleichheit

generierende Kategorien sowie ihr Wechselspiel Gegenstand der Analyse sind (vgl. Winker/ Degele 2010). Neben dem sozial zugeschriebenen Geschlecht (Gender) werden auch die Kategorien Rasse, Klasse und Körper im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit den Themen Vielfalt und gesellschaftliche Partizipation betrachtet¹⁷ (vgl. Klinger 2003; Winker/ Degele 2010: 11). Nach Winker und Degele (ebd.) wird im deutschsprachigen Diskurs vor allem auf Wechselwirkungen der verschiedenen Differenzkategorien eingegangen, Kategorien wie Sexualität, Alter, (Dis-)Ability, Religion oder Nationalität sind aber prinzipiell integrierbar.

Mit einer intersektionalen Perspektive und der damit einhergehenden Betrachtung mehrerer Differenzkategorien kann der Heterogenität und Komplexität der untersuchten Personen besser Rechnung getragen werden als mit einer interkulturellen Perspektive (vgl. hierzu auch Nowicka 2010: 40). Die Intersektionalität kann auf theoretischer Ebene als differenzierende Perspektive für eine Ungleichheitsanalyse herangezogen werden. Außerdem kann sie als Methodologie praxeologisch Anwendung finden (Winker/ Degele 2010) und in Politiken münden (vgl. Smykalla/ Vinz 2011).

Der Intersektionalitätsansatz kann in einer Verbindung zu Diversity-Ansätzen gesehen werden, bei denen ebenfalls Heterogenität im Mittelpunkt steht (vgl. Smykalla/ Vinz 2011). Der englische Begriff Diversity bedeutet Vielfalt und setzt sich mit einer Anerkennung von Vielfalt auseinander. Es existieren verschiedene Ansätze, wie mit Vielfalt konstruktiv umgegangen werden kann. Weit verbreitet ist bspw. der Ansatz des Diversity-Managements in Betrieben. Im Unterschied zu Diversity-Ansätzen, die eher ökonomisch motiviert und an Institutionen orientiert sind, konzentriert sich die Intersektionalität auf das Individuum:

„In dieser Hinsicht scheint der Intersektionalitätsansatz geeignet zu sein, Diversitystrategien durch eine individuumbezogene Perspektive zu ergänzen. Auf diese Weise können auch die Adressat_innen von Diversity-Strategien in die Betrachtung mit einfließen. Darüber hinaus fordert der Intersektionalitätsansatz dazu auf, Zusammenhänge zwischen einzelnen Diskriminierungsgründen sowie deren gegenseitige Wirkung zu beschreiben, statt nur einzelne Diversity-Dimensionen isoliert zu betrachten. Ein Symptom dafür, dass dies noch immer nicht hinlänglich geschieht, ist die Tatsache, dass Intersektionalität mittlerweile vielfältig – vor allem im Bereich der Geschlechterforschung –

¹⁷Es besteht keine eindeutige Meinung darüber, welche Kategorien ein vollständiges Bild ermöglichen (vgl. Winker/ Degele 2010).

Transformative Lernprozesse von Unternehmerinnen
mit Migrationsgeschichte

Laros, A.

2015, XVIII, 337 S. 2 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-09998-5